

Generalsekretär Peter Hintze:

Koalition der Mitte gegen SPD, Grüne und PDS

„CDU und CSU sind entschlossen, die Koalition der Mitte über die jetzige Legislaturperiode hinaus auch nach der Bundestagswahl 1998 fortzusetzen.“

Mit diesen Worten faßte Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Generalsekretär der CSU, Bernd Protzner, am 14. November das Ziel der Unionsparteien zusammen.

Peter Hintze: „Die Unionsparteien werden deshalb die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl 1998 um die Zustimmung zur Fortsetzung der

Übereinstimmung in der Grundüberzeugung über das, was jetzt in Deutschland und Europa geschehen muß

Koalition der Mitte bitten – in der festen Überzeugung, daß auch die FDP diese Koalition über den Wahltermin hinaus fortsetzen will.“

Die Übereinstimmung unter den Koalitionspartnern gerade in den wichtigen politischen Zielen ist groß. Sie betrifft insbesondere die Grundüberzeugungen

Fortsetzung Seite 3

HEUTE AKTUELL

● DGB-Kongreß

Generalsekretär Peter Hintze: DGB ohne klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Seite 2

● Sachverständigenrat

Theo Waigel: Konsolidierung konsequent fortsetzen. Seite 5

● Soziales

Mutterschutz für eine moderne Dienstleistungsgesellschaft. Seite 11

● Neue Bundesländer

Paul Krüger: Für einen fairen finanziellen Ausgleich bei den kommunalen Altschulden. Seite 12

● Ausländerrecht

Bundestag erleichtert Ausweisung straffälliger Ausländer. Seite 16

● Landwirtschaft

Durchsetzung bestehender Abfindungsansprüche erleichtert. Bundestag verabschiedet 4. Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes. Seite 20

● Junge Union

Deutschland zukunftsfähig machen. Deutschlandtag 1996 in Görlitz. Seite 28

DGB ohne klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Zum Abschluß des DGB-Kongresses in Dresden erklärte CDU-Generalsekretär Peter Hintze:

Positiv ist zu vermerken, daß sich der DGB mit den Veränderungen in der Tariflandschaft konstruktiv auseinandersetzt und pragmatische Lösungen anbietet. Hierin liegt eine Chance für den Arbeitsmarkt. Jetzt sind auch die Arbeitgeber gefordert. Jetzt, wo sie durch gesetzliche Rahmenbedingungen entlastet wurden, müssen sie ihre Versprechungen und Arbeitsplatzzusagen einlösen.

Mich enttäuscht allerdings, daß der DGB-Kongreß kein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abgelegt hat. Die Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur ein beispielloses Wirtschaftswunder nach den Schrecken und Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges ermöglicht, sie hat uns auch den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat gebracht, der mittlerweile Modell für viele Länder in der Welt ist. Die Soziale Markt-

wirtschaft ist die einzige Konzeption, mit der die neuen Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft bewältigt werden können. Die von Ludwig Erhard und Konrad Adenauer begründete Jahrhundertkonzeption ist ein unverzichtbarer Schlüssel zur Zukunft. Ihrer Weiterentwicklung zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft haben wir uns verpflichtet. Wir laden die Gewerkschaften ein, neben dem Eintreten für das wichtige Gut soziale Gerechtigkeit das nicht minder kostbare Gut ökologische Gerechtigkeit mit uns zu verwirklichen.

Wenn der DGB für alle Beschäftigten sprechen will, muß er Abschied nehmen von den alten klassenkämpferischen Tönen. Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland stehen, können wir nur im Miteinander bewältigen. Der soziale Friede ist ein entscheidender Haben-Posten in unserer Standortbilanz, den wir nicht gefährden dürfen.

Reformpolitik nur mit einer bürgerlichen Mehrheit

Frage: *Herr Westerwelle, die CDU wünscht sich, daß es zusammen mit der FDP noch bis ins nächste Jahrtausend geht. Schlagen Sie da ein?*

Westerwelle: Wir begrüßen eindeutig dieses klare Bekenntnis der Union zur Fortsetzung der Koalition mit der FDP. Wir sind ebenfalls der Auffassung, daß ein Bündnis aus SPD und Grünen, gegebenenfalls sogar mit Duldung oder sogar mit aktiver Beteiligung der PDS, nicht in der Lage

wäre, die Aufgaben zu lösen. Das gleiche gilt auch für eine Große Koalition, die eben Reformen nur vertagen würde als Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Reformpolitik wird es nur mit einer bürgerlichen Mehrheit geben, und deswegen ist das eine sehr erfreuliche Erklärung der Union.

Aus einem Interview des FDP-Generalsekretärs mit dem Saarländischen Rundfunk am 14. November

Fortsetzung von Seite 1

über das, was jetzt in Deutschland und Europa geschehen muß. Eine große Koalition scheidet sowohl für CDU wie CSU „klipp und klar“ aus.

Zum Solidaritätszuschlag:

„CDU und CSU sind sich darüber einig, daß eine Aussage über die Höhe der Absenkung im Jahre 1998 nicht im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundeshaushaltes 1997 erfolgen kann. Wir haben uns darüber verständigt, daß wir den Bericht von Theo Waigel über die Konzeption der Regierung zur großen Steuerreform abwarten und nach diesem Bericht sehr zügig entscheiden, in welcher Höhe der Solidaritätszuschlag 1998 abgesenkt werden soll.

Die Absenkung ist definitiv zugesagt, und wir werden auch mit den Freien Demokraten eine faire und finanzierbare Lösung finden.“

Zur SPD:

„Wir beobachten, daß die SPD derzeit in einer Verweigerungsfalle steckt. Das hat sich bei den Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart gezeigt. Das katastrophale Abschneiden des SPD-Kandidaten bei dieser Kommunalwahl hat sicherlich auch kommunalpolitische Gründe, vor allem, was die beteiligten Personen und Kandidaten betrifft. Aber es ist doch auffällig, daß die SPD zu einer Zeit auf dem dritten Platz gelandet ist, in der sie mit großem Propagandaaufwand versucht, die Regierung anzugreifen, in der sie sich im Bundesrat für die totale Blockade entschieden hat, sich in Verweigerung übt und keine politischen Alternativen aufzeigt. Die Wählerinnen und Wähler haben der SPD eine Quittung dafür gegeben.“

Zum Jahressteuergesetz:

„Wir werden hier keine unechten Vermittlungsergebnisse akzeptieren. Die Länder sind, weil es um steuerliche Regelungen geht, die die Länderfinanzen betreffen, am Zustandekommen des Jahressteuergesetzes interessiert, wie etwa in der Neuregelung der Erbschaft- und der Grunderwerbsteuer.

Die Gewerbesteuer soll ersatzlos wegfallen. Denn sie behindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir halten es für einen Skandal erster Ordnung, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Weigerung, die Gewerbesteuer in den westlichen Bundesländern abzuschaffen, den Gesetzgeber praktisch zwingen, sie in den neuen Bundesländern einzuführen, wo es sie bisher nicht gibt. Die SPD hemmt damit den Aufschwung, der gestärkt statt geschwächt werden muß.

Zur Inneren Sicherheit:

„Was die Innere Sicherheit betrifft, sind wir uns darüber einig, das Thema Bekämpfung der Bandenkriminalität stärker als bisher in die politische Diskussion aufzunehmen. Die organisierte Kriminalität ist eine zentrale Herausforderung, und wir werden darauf antworten.“

Zum Thema Arbeitsplätze:

„Wir appellieren gemeinsam als CDU und CSU an die Unternehmen in Deutschland, ihre Zusage einzulösen, zwei Milliarden Überstunden abzubauen und statt dessen Arbeitsplätze einzurichten. Wir haben mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung die Rahmenbedingungen hierfür geschaffen. Nun sind die Tarifpartner gefordert. Das heißt vor allem: Wir brauchen maßvolle Lohnabschlüsse, die die Entwicklung der Produktivität berücksich-

Preisverleihung zum Abschluß des EAK-Lutherwettbewerbs



Schirmherr und EAK-Bundesvorsitzender Jochen Borchert eröffnete die Preisverleihung. Generalsekretär Peter Hintze überreichte einen Sonderpreis an das Bonner Friedrich-Ebert-Gymnasium für die Entwicklung eines Luther-Spiels. Gewinner des Wettbewerbs war das Gymnasium (11. Klasse) in Uslar, Niedersachsen.

Foto: Presse-Service

tigen. Und wir brauchen mehr Flexibilität in den Betrieben.

Wir brauchen in den nächsten zwei bis drei Jahren 500.000 neue Selbständige in Deutschland. Wir haben eine kritische Selbständigenlücke, weil in vielen Handwerksbetrieben die Nachfolger fehlen. Die größten Arbeitsplatzwirkungen gehen von kleinen und mittleren Betrieben aus, und jede Betriebsneugründung bedeutet im Schnitt vier neue Arbeitsplätze. Deshalb gerade auch die Förderung von kleinen und mittleren Betrieben, wie sie in unserem Programm für Wachstum und Beschäftigung vorgesehen ist.“

Zu den Grünen

„Die Grünen versuchen, sich in die politische Mitte der Parteienlandschaft zu robbeln. Sie tun das, indem sie die SPD politisch auslündern und in die Wählerschaft

der Sozialdemokraten eindringen. Dabei zeigen sie ihr Doppelgesicht: ‚thekenfreundlich und technikfeindlich‘. Wir haben das ganze beim Wahlkampf in Stuttgart erlebt.

Für uns scheiden die Grünen als Partner aus. Mit einer Partei, die der Herausforderung der Globalisierung und des Umbruchs in der Weltwirtschaft wirtschafts- und technikfeindlich begegnet, kann es keine politische Zusammenarbeit geben.

Wir werden deshalb den Wahlkampf 1998 als Koalition der Mitte gegen eine Konstellation aus SPD, Grünen und PDS führen. Das linke Bündnis wirft Fragen auf, aber beantwortet sie nicht. Es verhindert die Arbeitsplatzentwicklung in Deutschland und würde die Wirtschaftsentwicklung zum Stehen bringen. Rot-Grün, gar mit Unterstützung der PDS, wäre eine Gefahr für die Zukunft.“

Theo Waigel: Konsolidierung konsequent fortsetzen

Zum Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Wie schon die Forschungsinstitute in ihrer Herbstdiagnose festgestellt haben, ist auch im Urteil des Sachverständigenrats die Wachstumspause überwunden. Die in Gang gekommene Erholung wird sich auch im kommenden Jahr bei stabilem Preisniveau fortsetzen. Die wirtschaftliche Dynamik wird aber noch nicht ausreichen, um die notwendige Wende zu mehr Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken. Die Zurückhaltung der Unternehmen bei neuen Investitionen und die ausbleibenden Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland sind Warnsignale, die sehr ernst genommen werden müssen und die Wirtschafts- und Finanzpolitik zum entschlossenen Handeln auffordern.

Zu Recht betont der Rat die Dringlichkeit, Reformen am Sozialstaat voranzubringen. Die Politik hat im Urteil des Rates 1996 auf wichtigen Gebieten die Initiative ergriffen, um wachstumsorientierte Reformen einzuleiten. Seine Warnung vor Verzögerungen und politischen Blockaden bei der politischen Umsetzung der Reformmaßnahmen ist eine ernst zu nehmende Mahnung an die Adresse der Opposition. Die Strategie der Opposition, den internationalen Standortwettbewerb durch Absprachen auszuhebeln, ist auch nach Auffassung des Rates in einer offenen Weltwirtschaft zum Scheitern verurteilt.

Der Sachverständigenrat bestätigt das Konzept der symmetrischen Finanzpolitik

und untermauert die Notwendigkeit strikter Konsolidierungsanstrengungen, die konsequent und unabhängig von der wirtschaftlichen Situation durchzuführen sind, denn insgesamt werden die positiven Wachstumseffekte der Konsolidierung überwiegen.

Entgegen der Auffassung des Rates schafft die Finanzpolitik durch die beschlossenen Sparmaßnahmen die Voraussetzung, daß das Staatsdefizit 1997 mit ausreichendem Sicherheitsabstand unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen wird. Für den Bundeshaushalt sind in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages die notwendigen Entscheidungen getroffen worden.

Stabilitätspakt einhalten

Der Rat unterstreicht zu Recht, daß Länder und Gemeinden im Rahmen eines nationalen Stabilitätspaktes zur dauerhaften Einhaltung der Maastrichter Stabilitätskriterien beitragen müssen.

Die angestrebte große Steuerreform mit deutlich niedrigeren Steuersätzen und einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ist auch im Urteil des Sachverständigenrates dringend geboten, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und Arbeitsplätze zu verbessern. Die vom Rat formulierten Anforderungen an dieses Reformprojekt liegen ganz auf der Linie der Ausgangsüberlegungen der Steuerreformkommission.

Die Ausführungen des Sachverständigenrates zu dem unverändert dringenden Handlungsbedarf in der Lohnpolitik sind

2,5 Prozent Wachstum 1997 erwartet

Die Sachverständigen rechnen 1997 mit einer weiteren konjunkturellen Erholung in Deutschland. Nach einem Wachstum von 1,5 Prozent 1996 wird für 1997 ein Wachstum von 2,5 Prozent erwartet.

Für die neuen Bundesländer wird von einem Wachstum von 2,25 Prozent für 1997 nach 2 Prozent im Jahr 1996 ausgegangen. Die Sachverständigen gehen nicht davon aus, daß der Aufbau Ost ins Stocken gerät. Zugpferd des Wachstums bleibt der Export mit einem Anstieg um 6,75 Prozent nach 3,5 Prozent 1996.

Anstieg der Anlageinvestitionen

Es wird auch wieder mit einem Anstieg der Anlageinvestitionen um 1,25

Prozent nach einem Minus von 1,25 Prozent 1996 gerechnet. Beim Anstieg der Verbraucherpreise gehen die Sachverständigen von weiterhin sehr geringen 1,75 Prozent nach 1,5 Prozent 1996 aus.

Sie sind der Auffassung, daß es zum Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung „kaum eine Alternative“ gibt. Sie fordern einen Verzicht auf Einnahmeverbesserungen und eine Senkung der Staatsausgaben. Zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen treten sie für Steuersenkungen und mittelfristig für einen Umbau des Steuersystems, insbesondere der Einkommensteuer ein. Auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme halten sie für notwendig.

eine wichtige Lektüre für die Tarifpartner. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist eine lohnpolitische Kurskorrektur mit Lohnzurückhaltung für mehrere Jahre dringend nötig. Der Rat unterstreicht, daß die Angleichung der Löhne in den neuen Ländern an das westdeutsche Niveau ausgesetzt werden muß. Mit Recht weist der Rat darauf hin, daß ein vernünftiges Verhalten der Tarifpartner nicht von staatlichen Gegenleistungen abhängig gemacht werden darf.

Ich stimme mit dem Sachverständigenrat darin überein, daß die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags bei Eintritt in die WWU ökonomisch streng interpretiert und auch danach dauerhaft eingehalten werden müssen, damit die Stabilität des Euro gesichert ist. Dazu gehört auch ein wirksamer europäischer Stabilitätspakt. Eine Aufweichung der Kriterien, um einer

größeren Zahl von Ländern den Beitritt zur Währungsunion zu ermöglichen, kommt nach zutreffender Auffassung des Rates nicht in Frage.

Nüchterne, aber ermutigende Analyse

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Das Gutachten ist ein eindringlicher Appell für eine offensive Wirtschaftspolitik, die die Anregung der Investitionstätigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel hat. Es muß in den Köpfen der Menschen verankert werden: Die beste Sozialpolitik ist Politik für mehr Arbeitsplätze.

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung muß daher zügig umgesetzt werden. Dabei sind auch Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Verantwortung. Geschaffene Flexibilitätsspielräume müssen mit Leben gefüllt werden. Auch die Sachverständigen erheben ganz eindeutig die Forderung an die Tarifvertragsparteien, konstruktiv an den Bedingungen für mehr Beschäftigung mitzuarbeiten.

Die Gesellschaft ist gesamt gefordert. Wir müssen Blockaden in unserem Denken abbauen und beispielsweise die Akzeptanz von Teilzeitarbeit weiter erhöhen.

Deutschland wird es sich auch nicht länger leisten können, sich auf bekannten Vorteilen, wie Qualität der Güter und Dienstleistungen, guter Ausbildung oder ausgereifter Infrastruktur, auszuruhen. So brauchen wir eine raschere Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte, mehr Mut zur Übernahme unternehmerischer Verantwortung und die Bereitschaft, alte Besitzstände vorbehaltlos zu überprüfen.

Der Standort Deutschland ist besser als sein Ruf

Aus Anlaß der Veröffentlichung des Jahresgutachtens 1996/97 vom Sachverständigenrat erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Das Jahresgutachten hebt ganz deutlich hervor, daß der Export ein wichtiger

Motor für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ist. Dies widerlegt eindeutig die These, daß der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten könne. Wenn deutsche Produkte im Ausland so stark gefragt sind, so zeigt dies ja gerade, daß hier das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ weiterhin wettbewerbsfähig ist. Ich appelliere an die Politiker und an die Unternehmer, mit mehr Zuversicht und Selbstbewußtsein auf die Leistungsfähigkeit des Standorts Deutschland zu setzen und diese auch besser zu verkaufen. Noch immer wird bei uns zuviel über die Standortnachteile lamentiert. Wenn wir führend sind in unserem Anteil an der Weltwirtschaft, dann sind wir auch ein guter Investitionsstandort.

Arbeiten und investieren

Dennoch müssen weiterhin die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um unsere Volkswirtschaft fit zu machen für die vor uns liegenden Herausforderungen im internationalen Wettbewerb. Das gute Abschneiden der deutschen Exportindustrie darf auf keinen Fall den Handlungsdruck relativieren. An den Reformvorhaben wird die Bundesregierung mit allem Nachdruck festhalten.

Ich unterstütze hier den Aufruf von Professor Hax, daß wir vor allem eine Stärkung der Investitionsbereitschaft und eine Beseitigung von Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Arbeiten und Investieren am Standort Deutschland müssen sich wieder lohnen!

Norbert Schüler erreicht in Mainz die meisten Stimmen

Bei der ersten Direktwahl um das Amt des Mainzer Oberbürgermeisters hat sich am 19. November keiner der Bewerber durchsetzen können. Der nötigen absoluten Mehrheit der Stimmen

kam Norbert Schüler für die CDU mit 40,5 Prozent am nächsten. Ihm folgte Jens Beutel (SPD) mit 35,9 Prozent. Diese beiden Bewerber werden bei der Stichwahl am 1. Dezember antreten.

Die Bundesregierung trägt bei weitem die Hauptlast der Kohlefinanzierung

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, hat die Kritik des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau an der Kohlepolitik der Bundesregierung entschieden zurückgewiesen.

Friedrich Bohl: Die Angriffe sind völlig unqualifiziert. In einer schwierigen Zeit, in der es um grundlegende Zukunftsentscheidungen für die deutsche Steinkohle geht, sind solche Äußerungen eine völlig unnötige Belastung.

Die deutsche Steinkohle ist nie in so hohem Umfang unterstützt worden wie in der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl. Allein in diesem Jahr werden von der Bundesregierung hierfür rd. 10 Milliarden DM aufgebracht (ohne Zahlungen für die Knappschaft). Die Bundesregierung trägt damit bei weitem die Hauptlast der Kohlefinanzierung. Der Anteil der beiden Revierländer NRW und Saarland liegt nur in der Größenordnung von insgesamt 1 Mrd. DM. Durch die Verweigerung der SPD in Sachen Kernenergie wird die Situation der Kohle zudem unnötig erschwert.

Erste Gespräche im Dezember

Die Bundesregierung bekräftigt, daß für die deutsche Steinkohle ein berechenbarer Finanzrahmen bis zum Jahr 2005 kurzfristig zu erstellen ist. Sie wird hierzu unverzüglich nach Verabschiedung des Haushalts 1997 durch den Deutschen Bundestag die Gespräche mit allen Beteiligten fortsetzen. Die ersten Gespräche mit der

Gewerkschaft IG Bergbau und Energie sind für den 5. Dezember 1996 und mit dem Bergbau für den 10. Dezember 1996 bereits vereinbart. Daraufhin wird im Dezember noch mit den Revierländern gesprochen werden. In diesem Zusammenhang werden die Bemühungen fortgesetzt, die Bereitschaft der SPD bzw. der von ihr geführten Länder im Hinblick auf eine Vereinbarung in Sachen Entsorgung zu klären.

Entscheidung bis Februar

Die Bundesregierung wird die Verhandlungen so rechtzeitig abschließen, daß die notwendigen Entscheidungen bis zum 15. Februar 1997 getroffen werden.

Neue Renten-Eckdaten

Die Renten werden zum 1. Juli 1997 voraussichtlich um rund 1,7 Prozent im Westen und rund fünf Prozent in den neuen Ländern angehoben. Diese vorläufige Berechnung hat der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VdR) angestellt. Sie basiert auf neuesten Eckdaten aus dem Bundesarbeitsministerium. Die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm angekündigte Anhebung des Rentenbeitragsatzes von derzeit 19,2 auf 20,3 Prozent ab 1. Januar 1997 wird vom VDR als „ausreichend“ und realistisch bezeichnet. Damit sei sichergestellt, daß am Jahresende 1997 die Schwankungsreserve einer Monatsausgabe erreicht wird.

Politik auf solidem Fundament

Der Bundeshaushalt 1997 ist unter Dach und Fach. Die Entscheidungen der letzten Woche bieten die solide Grundlage unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die von der jüngsten Steuerschätzung errechneten Mindereinnahmen des Bundes wurden durch zusätzliche und ausgewogene Sparmaßnahmen voll aufgefangen.

Von der SPD geschürte Spekulationen über zu erwartende Haushaltslücken mit gewaltigen Größenordnungen entbehren damit jeglicher Grundlage. Die über alle Ressorts verteilten Einsparungen betreffen überwiegend den Verbrauch – Investitionen bleiben weitgehend unangetastet. Damit setzen die Koalitionsfraktionen ein deutliches Signal zur Zukunftssicherung. Für 1997 bleibt die Nettokreditaufnahme auf ihrer ursprünglichen Begrenzung.

Die jüngsten finanzpolitischen Entscheidungen von CDU, CSU und FDP sind überdies Ausdruck der Entschlossenheit aller Koalitionspartner, Probleme und Zukunftsfragen gemeinsam zu lösen. Damit sind all jene Polit-Auguren Lügen gestraft, die dieser Koalition vorschnell einen zunehmenden Verlust an Gemeinsamkeiten attestierten und ein baldiges Ende der Koalition prophezeiten. Trotz mancher zurückliegender Irritationen wird die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern auch weiterhin von Fairneß, sachlichem Dialog und dem festen Willen zum gemeinsamen Erfolg getragen sein.

Keine Alternative

Dies erwarten nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Zur Koalition der Mitte gibt es keine verantwortbare Alternative.

Ihre Handlungsfähigkeit und ihren Reformwillen haben die Koalitionsfraktionen

im Deutschen Bundestag vielfältig dokumentiert. Mit der Verabschiedung von Korrekturen im Ausländerrecht werden künftig neben einigen Erleichterungen bei der Erteilung bzw. Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen ausländische Straftäter eher ausgewiesen und abgeschoben werden können. Ausländische Straftäter sollen nicht darauf vertrauen können, dauerhaft in Deutschland bleiben zu dürfen. Die Besteuerung von Kraftfahrzeugen wird sich künftig am Schadstoffausstoß orientieren.

Von Eduard Oswald, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit der Verabschiedung der Kfz-Steuerreform finden zusätzliche, umweltpolitisch wünschenswerte Lenkungsinstrumente Eingang ins Steuerrecht. Wichtige Weichenstellungen haben die Koalitionsfraktionen auch im Gesundheitsbereich vorgenommen. Mit den beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen soll der Kostenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung gebremst, die Eigenverantwortung der Krankenkassen gestärkt und das Kostenbewußtsein für medizinische Leistungen nachhaltig gefördert werden.

Wenn es noch eines Beweises ihrer puren Verweigerungspolitik bedurft hätte, dann hat ihn die SPD erneut geliefert. Weder in den Haushaltsberatungen noch in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat hat sie Bereitschaft zur Verantwortung gezeigt. Statt sich konstruktiv an den Haushaltsberatungen zu beteiligen, drohte die SPD sogar mit Boykott.

Der Mittelstand braucht dringend steuerliche Entlastung

Anlässlich der Debatte im Wirtschaftsausschuß zur Situation des Mittelstandes am 15. November erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall, sowie der Obmann der Arbeitsgruppe, Ernst Hinsken:

Die intensive Beratung zur Lage des Mittelstandes sowie seiner Eigenkapitalsituation insbesondere auch in den neuen Bundesländern im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages hat erneut gezeigt, daß eine Entlastung des Mittelstandes dringend erforderlich ist. Der Beschäftigungsaufbau im Mittelstand wird durch Steuern und zu hohe Sozialabgaben behindert. Das von der Koalition beschlossene Konzept, die Belastungen wirksam zurückzuführen, muß weiter ganz oben auf der Tagesordnung bleiben.

In dieser Sitzung waren Sachverständige aus dem Mittelstandsbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft zugegen. Auch sie forderten nachdrücklich die Abschaffung der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensteuer bzw. ihre Nichteinführung in den neuen Bundesländern sowie eine schrittweise reduzierte Gewerbebesteuer. Diese Steuern seien wettbewerbsverzerrend und verschlechterten die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen.

Für eine rasche Umsetzung

Die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädieren vor diesem Hintergrund deshalb für eine rasche Umsetzung der 3. Stufe der Unternehmenssteuerreform, die dies beinhaltet. Diese steuerlichen Ermäßigungen kommen vor allem kleineren und mittleren Unterneh-

men zugute. Die Behauptung, die Gewerbesteuer sei eine Großbetriebssteuer, ist falsch. Es gibt 350.000 gewerbliche Betriebe mit einem Einheitswert von über 100.000 DM, die damit der Gewerbesteuer unterliegen.

Insbesondere in den neuen Bundesländern darf es nicht zu einer Einführung dieser schädlichen Steuern kommen. In der Debatte erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Ernst Schwanhold, daß er gegen die Einführung der Gewerbesteuer in den neuen Bundesländern sei. Er muß sich dann aber auch fragen lassen, wie er die Einführung verhindern will, ohne gleichzeitig die Gewerbesteuer in den alten Bundesländern abzuschaffen. Wenn er dies nicht erklären kann, ist seine Aussage ein reines Lippenbekenntnis.

SPD soll Widerstand aufgeben

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion appelliert nachdrücklich dringend an die SPD, ihren Widerstand gegen die 3. Stufe der Unternehmenssteuerreform im Interesse von mehr Arbeitsplätzen in Deutschland aufzugeben.

Aufgespießt

„Ich wundere mich über Ihre Angriffe auf die Globalisierung. Schließlich war es doch mal Ihr eigenes Programm: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“

Der niedersächsische Oppositionsführer Christian Wulff in einer finanzpolitischen Landtagsdebatte an die Adresse der SPD

Mutterschutz für eine moderne Dienstleistungsgesellschaft

Der Bundestag hat am 15. November dem Gesetzentwurf zur Verbesserung des Mutterschutzrechts zugestimmt. Hiermit wird die EG-Mutterschutz-Richtlinie umgesetzt, und außerdem werden zusätzliche Verbesserungen für Mütter beschlossen.

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte erklärte zur abschließenden Beratung der Änderung des Mutterschutzgesetzes im Bundestag u. a.: „Schon heute hat das deutsche Mutterschutzgesetz ein hohes Schutzniveau. Und in Verbindung mit dem Bundeserziehungsgeldgesetz steht es im Vergleich zu anderen EU-Staaten gut da. Damit dies so bleibt, müssen wir auf entsprechende Entwicklungen die notwendigen Anpassungen vornehmen. Gleichstellung schwangerer Hausangestellter, verbesserter Mutterschutz für Mütter nach Frühgeburten, 100prozentige Kostenerstattung in Kleinbetrieben – das sind die Kennzeichen eines modernen Mutterschutzes in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft.“ Das Gesetz enthält folgende Verbesserungen:

Verbesserung des Mutterschutzes für Hausangestellte in drei Punkten:

- Teilzeitbeschäftigte schwangere Hausangestellte erhalten künftig wie andere schwangere Arbeitnehmerinnen auch im Falle von Beschäftigungsverboten eine Lohnfortzahlung.
- Alle Hausangestellten haben künftig den gleichen mutterschutzrechtlichen Kündigungsschutz wie die übrigen Arbeitnehmerinnen.
- Schwangere Hausangestellte werden mit den übrigen Arbeitnehmerinnen

gleichgestellt, indem das Verbot der Mehrarbeit auch für sie voll gilt. Gegenüber Arbeitnehmerinnen bestimmter Branchen (vor allem Gastronomie, Gesundheitswesen) werden schwangere Hausangestellte bei den Ausnahmeregelungen zur Sonntagsarbeit gleichgestellt.

Verbesserung des Mutterschutzes bei Frühgeburten

Für Frauen nach Frühgeburten ist die psychische und physische Belastung besonders hoch. Sie brauchen eine entsprechend längere Erholungsphase. Deshalb ist künf-

Notwendige Anpassungen an die Entwicklung einer modernen Dienstleistungsgesellschaft

tig die Schutzfrist um den Zeitraum verlängert, um den sich die Mutterschutzfrist vor der Frühgeburt verkürzt hat. Mit der Gesetzesänderung verbessert sich die Situation von rd. 25.000 Frauen jährlich einschließlich zahlreicher Mütter mit Zwillingen oder Drillingen.

Verbesserung der mutterschutzrechtlichen Kostenerstattung für Arbeitgeber in Kleinbetrieben

Die wesentlichen Mutterschutzkosten werden im gesetzlichen Umlageverfahren von durchschnittlich 60 bis 70 Prozent auf 100 Prozent erhöht. Damit entlasten wir die Kleinbetriebe noch mehr als bisher von den Mutterschutzkosten und verbessern vor allem die Beschäftigungschancen junger Frauen. ■

Kommunale Altschulden

Paul Krüger: Für einen fairen finanziellen Ausgleich

Anlässlich der Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der kommunalen Altschulden auf gesellschaftlichen Einrichtungen in den neuen Ländern erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Krüger:

Zum wiederholten Male befassen wir uns mit den kommunalen Altschulden, obwohl das Thema längst hätte geklärt sein müssen.

Die Aufkündigung des Ende letzten Jahres gefundenen Kompromisses durch Höppler und Lafontaine hat die Angelegenheit erheblich verschleppt und die Unruhe und Unsicherheit in den Kommunen eher verstärkt.

Die ganze Diskussion ist ein typisches Beispiel dafür, daß zwingend zu regelnde Dinge nicht besser und schon gar nicht preiswerter werden, wenn sie von wem auch immer auf die lange Bank geschoben werden.

Dagegen haben wir ostdeutschen Unionsabgeordneten unseren Vorschlag einer hälftigen Teilung zwischen Bund und betroffenen Ländern von Anfang an klar und unmißverständlich vertreten, auch vor diesem Hohen Hause. Unser Vorschlag bietet einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten:

- die Altschulden sind auf konkret zugeordnete Grundstücke einzugrenzen;
- die Länder übernehmen die andere Hälfte der Schulden;
- die pauschale Entlastung der Kommunen kann im kommunalen Finanzaus-

gleich in den einzelnen neuen Ländern jeweils angemessen berücksichtigt werden:

- die Refinanzierung des Bundesanteils erfolgt nicht zu Lasten der neuen Länder, sondern gesamtdeutsch.

Die ostdeutschen Ministerpräsidenten einschließlich Sachsen-Anhalts und Brandenburgs sind nun endlich auf diese Linie eingeschwenkt. Nachdem eine Bundesratsinitiative aufgrund der Haltung Berlins nicht zustande gekommen ist, wollen wir nun die Klärung dieser Frage durch eine Initiative aus der Mitte des Bundestages vorantreiben.

Entsprechend den Absprachen im Kreise der Ministerpräsidenten enthält unser Gesetzentwurf ergänzend zu den bereits skizzierten Eckpunkten folgende weitere Regelungen:

- Jährlich sind an Tilgungen und Zinsen 630 Mio. DM zu erbringen.
- Ein Drittel des Länderanteils von 315 Mio. DM soll dabei aus dem Altvermögen der DDR-Parteien und -Massenorganisationen beglichen werden. Dies wird von den Ländern so gewünscht.
- Die restlichen 210 Mio. sollen zu gleichen Teilen von den sechs betroffenen Ländern übernommen werden.

Nachdem die Länder stets an die Solidarität des Bundes bei den kommunalen Altschulden appelliert haben, rufe ich nun die Länder zur Solidarität untereinander auf. Bei allem Verständnis für die Finanzprobleme der Hauptstadt wäre es nicht hinnehmbar, wenn sich Berlin einer paritätischen Begleichung der Altschulden entzöge.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Politik ist Kommunikation, ist Gespräch, ist Arbeit in der Öffentlichkeit ... – In Diskussionen überzeugen, Ziele durchsetzen, sich selbst und seine Arbeit „vermitteln“ können, das alles gehört zu erfolgreicher Politik, ist daher auch Teil der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz.

In ihren Veranstaltungen „Politische Kommunikation – Trainings für die Praxis“ vermittelt die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. entsprechendes Grundwissen und Fertigkeiten.

Die nächsten Angebote/Termine:

● Rhetorik für die politische Praxis

10. 1.–12. 1. 1997 (VA Nr. 6)

31. 1.–2. 2. 1997 (VA Nr. 146)

28. 2.–3. 3. 1997 (VA Nr. 49)

Hauptthemen:

Die freie Rede, spontanes Reden, Reden in kleinem Kreis, Reden vor größerem Publikum, Überzeugungs-

rede, Redetechnik, Gesprächstechnik, Diskussionstechnik, rhetorische Grundregeln ...

● Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

10. 1.–12. 1. 1997 (VA Nr. 7)

7. 3.–9. 3. 1997 (VA Nr. 60)

Hauptthemen:

Politik und Presse, Aufgaben der Medien, Ansprüche der Politik, Arbeitsweise von Journalisten, Tips für erfolgreiche Zusammenarbeit, Regeln für die Pressearbeit, Pressemitteilung, Leserbrief, Interview, Fotos, langfristige Strategien ...

Weitere Informationen/-Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Bildungszentrum
Schloß Eichholz**

Postfach 13 31

50387 Wesseling

Fax-Nr: 0 22 36/7 07-2 30

Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, daß alle neuen Länder mit gleichen Anteilen dazu beitragen.

Der Gesamtbetrag der vom Bund den Ländern gewährten Finanzhilfen nach dem Investitionshilfegesetz kann auf Wunsch der betreffenden Länder auf die Annuitäten angerechnet werden.

Dies macht mir offen gestanden Bauchschmerzen, da die Investitionsquote der Länder, vor allem in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, in den letzten Jahren zu niedrig war.

Deshalb appelliere ich besonders an diese Länder, die von den Ländern gewünschte

Verrechnung mit Investitionsmitteln nicht zum Anlaß für eine weitere Absenkung der Investitionsquote zu nehmen, sondern vielmehr die Anteile im investiven Bereich zu erhöhen, um die Wirtschaft zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ist ein wichtiger Schritt zur Klarheit für alle, vermeidet einseitige Lastenverteilungen, sorgt für einen fairen finanziellen Ausgleich und eröffnet für jeden Fall eine gerechte Lösung. Weiteres Zögern in dieser für Bund, Länder und Kommunen sehr wichtigen Angelegenheit würde nur zu weiteren Zinsen und weiterer Verunsicherung der Kommunen führen. ■

Kfz-Steuerreform verabschiedet

Am 14. November 1996 hat der Deutsche Bundestag die Umwandlung der Kfz-Steuer in eine schadstoffbezogene Steuer beschlossen.

Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein umweltgerechteres Verkehrswesen, denn derzeit produzieren noch etwa 10 Prozent der Altfahrzeuge 60 Prozent der Schadstoffbelastungen. Durch das marktwirtschaftliche Instrument der emissionsbezogenen Kfz-Steuer sollen die noch verbliebenen 15 Millionen Autos ohne geregelten Katalysator möglichst schnell aus dem Verkehr gezogen werden. Die Bürger sollen angeregt werden, ihr Fahrzeug mit einem Katalysator nachzurüsten oder sich ein neues Auto zu kaufen. Das Gesetz, das jetzt dem Bundesrat zugeleitet wird, soll am 1. April 1997 in Kraft treten.

Im einzelnen sind folgende Kfz-Steuer-sätze vorgesehen:

- Bei Fahrzeugen ohne geregelten Katalysator, die bei Ozon-Alarm Fahrverbot haben, erhöht sich die bisherige Kfz-Steuer um 20,- DM je 100 Kubikzentimeter Hubraum (bisher 18,80 DM Benzin, 42,70 DM Diesel).
- Bei Euro-Norm-I-Fahrzeugen (KAT-Fahrzeuge der „1. Generation“) gilt wei-

terhin der bisherige Steuersatz von 13,20 DM je 100 Kubikzentimeter (Benzin) und 37,10 DM (Diesel) je 100 Kubikzentimeter.

- Bei Euro-Norm-II-Fahrzeugen (KAT-Fahrzeuge der „2. Generation“, abgasarme Diesel) vermindert sich die Kfz-Steuer je 100 Kubikzentimeter Hubraum auf 10,- DM (Benzin) bzw. 27,- DM (Diesel).
- Bei Euro-Norm-III-Fahrzeugen (KAT-Fahrzeuge der „3. Generation“/z. B. mit KAT-Vorwärmer) gilt der gleiche Steuersatz wie bei Euro-Norm-II, zusätzlich gibt es aber eine einmalige Steuerbefreiung bis zum 31. 12. 2002 in Höhe von 250,- DM (Benziner) und 500,- DM (Diesel).
- Bei Euro-Norm-IV-Fahrzeugen („superabgasarme“ KAT-Fahrzeuge der neuesten Generation) gilt der gleiche Steuersatz wie bei Euro-Norm-II und III, zusätzlich wird eine einmalige Steuerbefreiung von 600,- DM (Benziner) bzw. 1200,- DM (Diesel) gewährt.
- Unabhängig von den jeweiligen Euro-Normen werden auch besonders sparsame Automobile steuerlich belohnt. Bei fünf Litern Höchstverbrauch erläßt das Finanzamt einmalig 500,- DM, bei drei Litern Höchstverbrauch 1000,- DM.

Junge Union NRW sucht Landesgeschäftsführer/in

Der mit 44.000 Mitgliedern größte Landesverband der Jungen Union sucht zum 1. Januar 1997 eine/n Landesgeschäftsführer/in, der/die im Team der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf mitarbeiten möchte. Die Bewerber/innen dürfen nicht älter als 35 Jahre sein, müssen den erfolgreichen Abschluß eines Hoch- oder Fachhochschulstudiums in Pädagogik, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften

bzw. in vergleichbaren Studiengängen nachweisen und über Erfahrung in der JU-Arbeit verfügen. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den BAT.

Bewerbungen und weitere Fragen sind an den Landesvorsitzenden der Jungen Union NRW, Dr. Ralf Brauksiepe, zu richten: Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Telefon: 02 11/1 36 00 47.

Bessere Integrationschancen durch Zuweisung von Wohnorten

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat jüngste Entwicklungen in der Aussiedlerpolitik beraten und eine Zwischenbilanz zu den aktuellen Initiativen der Bundesregierung gezogen. Dabei stand der Bericht des Beauftragten für Aussiedlerfragen, des Parlamentarischen Staatssekretärs Horst Waffenschmidt, im Mittelpunkt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Johannes Gerster:

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik unterstützt die Initiativen der Bundesregierung in der Aussiedlerpolitik. Nicht die Polemik der SPD, sondern das verantwortliche Handeln der Union hat zu einer positiven Entwicklung im Aussiedlerbereich geführt. Die Zwischenbilanz der Ergebnisse des Wohnortezuweisungsgesetzes vom 1. März 1996 zeigt, daß sich das neue Gesetz bewährt. Die schnelle Integration von Aussiedlern in das Gemeindeleben und die Arbeitswelt gelingt am besten dort, wo es nicht zu einer überdurchschnittlichen Belastung von Aussiedlern kommt. Die CDU hat dafür gesorgt, daß die Länder nun die Möglichkeit haben, neu ankommende Spätaussiedler sachgerecht auf die Kommunen zu verteilen.

Hauptschlüssel für die erfolgreiche Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik begrüßt deshalb ausdrücklich die Sprachoffensive der Bundesregierung. Sprachkurse in den Herkunftsgebieten und die Sprachtests in der GUS sind von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Aussiedlerpolitik der Zukunft. Der Bundesfachausschuß fordert die CDU-geführte Bundesregierung auf, die eingeleiteten Maßnahmen konsequent umzusetzen.

Der jüngste Vorstoß des Landes Rheinland-Pfalz, ein kollektives Kriegsfolgen-schicksal für Rußlanddeutsche nicht mehr anzuerkennen, ist unverantwortlich und völlig kontraproduktiv. Er würde dazu führen, daß sich die rechtliche Situation der rußlanddeutschen Volksgruppe vor Ort verschlechtert. Viele Rußlanddeutsche, die bisher in ihrer gegenwärtigen Heimat bleiben wollen, würden damit erst zur Aussiedlung nach Deutschland gedrängt.

Bereits heute besitzen 200.000 Deutsche in Osteuropa einen Aufnahmebescheid für Deutschland, den sie aber mehrheitlich nur im Notfall geltend machen wollen. Die Parolen der SPD provozieren eben diesen Notfall. Wenn der rheinland-pfälzische Vorstoß Erfolg hätte, würden die Aussiedlerzahlen in Deutschland ansteigen und würde jahrelange verantwortliche Politik zunichte gemacht.

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik wird in einem Positionspapier Anfang 1997 Grundsätze für die Fortentwicklung der Aussiedlerpolitik beschließen. Damit soll die Diskussion in der Öffentlichkeit versachlicht, aber auch weitere Verbesserungen in der Aussiedlerpolitik sollen auf den Weg gebracht werden.

Vereinbarung. Am 20. November haben Bundesinnenminister Manfred Kanther und der bosnische Minister für Flüchtlinge und Emigration Nudzeim Recica in Bonn die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien-Herzegowina über die Rückführung und Rückübernahme von Personen unterzeichnet, die während des Bürgerkriegs in Deutschland Zuflucht gefunden haben.

Bundestag erleichtert Ausweisung straffälliger Ausländer

Mit den Stimmen der Koalition hat der Deutsche Bundestag wichtige Änderungen ausländerrechtlicher Bestimmungen beschlossen. Die Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer soll dadurch erleichtert werden. In Fällen schweren Landfriedensbruchs soll eine Ausweisung nun zwingend erfolgen.

Der Tatbestand des schweren Landfriedensbruchs ist in Zukunft auch dann erfüllt, wenn Taten leichten Landfriedensbruchs bei verbotenen Demonstrationen verübt werden. Ebenso soll in Zukunft jeder Ausländer ausgewiesen werden, der zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und mehr verurteilt worden ist. Damit hat die CDU ihr Versprechen eingelöst, daß Ausschreitungen extremistischer Ausländergruppen für beteiligte Straftäter gehandelt werden.

Weitere Elemente

der neuen Regelung:

Asylbewerber, die in ihre Heimat zurückgereist sind, sollen zukünftig nicht wieder nach Deutschland einreisen dürfen. Ebenso sollen ausgewiesene Ausländer nicht mehr ohne weiteres aus der Abschiebehaft entlassen werden, nachdem sie einen Asylantrag gestellt haben.

Neben diesen Verschärfungen wurde ein verbesserter Aufenthaltstatus für Ehefrauen ausländischer Staatsangehöriger beschlossen. In Fällen „außergewöhnlicher Härte“ sollen sie nun nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland ein eigenständiges

Aufenthaltsrecht bekommen. Ältere ausländische Mitbürger sollen in Zukunft nach einer zwischenzeitlichen Rückkehr in die Heimat ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland nicht verlieren. Ebenso soll der Status von jugendlichen Ausländern in der Ausbildung gefestigt werden. – Diese Änderungen wurden gegen die Stimmen der Opposition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS beschlossen.

Die „Welt“ kommentiert dies wie folgt: „Der Protest, der dazu von der Opposition angestimmt wird, ist unverständlich. Wer gegen Gesetze dieses Landes verstößt, hat

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann, hat das eigenständige Aufenthaltsrecht für Frauen in Fällen „außergewöhnlicher Härte“ begrüßt.

das ihm gewährte Gastrecht verwirkt. Das gilt bei ‚normalen‘, das gilt aber auch bei politisch motivierten Straftaten. Diese waren die Auslöser für die Gesetzesverschärfung. Man erinnere sich an die schweren Ausschreitungen militanter Kurden im Frühjahr. Es ist nicht hinzunehmen, daß innenpolitische Konflikte anderer Länder auf deutschem Boden ausgetragen werden. Der Rechtsstaat muß dagegen vorgehen – was übrigens nicht allein im Interesse der deutschen Bevölkerung ist. Es kommt auch den in Deutschland lebenden Ausländern zugute.“

Durch bessere Kontrolle Mißbrauch der Sozialhilfe verhindern

Der Präsident des Hessischen Landesrechnungshofes, Prof. Udo Müller, hat auf der Sitzung des Bundesvorstandes und des Hauptausschusses der KPV am 8. November in Bonn Möglichkeiten aufgezeigt, wie Sozialhilfeausgaben durch Mißbrauchskontrolle eingespart werden können. Seine Zahlenangaben basieren auf einer vergleichenden Prüfung in acht Landkreisen und fünf Städten.

Die Prüfung hat gezeigt, daß der Mißbrauchskontrolle ein höherer Stellenwert zugeordnet werden muß. „Daß es Mißbrauch gibt, darf nicht wegdiskutiert werden,“ so Prof. Müller, „und ihn zu bekämpfen, ist aus zwei Gründen wichtig. Zunächst ist Mißbrauchsbekämpfung auch eine Frage der Gerechtigkeit: Wer bedürftig ist, der soll Sozialhilfe bekommen, wer es nicht ist, soll keine bekommen.“

Als zweiten Grund nannte Prof. Müller die bei einer verstärkten Mißbrauchskontrolle zu erwartenden Einsparungen. Daß hier teilweise erhebliche Einsparpotentiale liegen, mag durch das Beispiel einer Mitarbeiterin des Rheingau-Taunus-Kreises verdeutlicht werden. Diese hat im Zeitraum Mai bis Dezember 1994 38 Fälle überprüft, bei denen ein Mißbrauchsverdacht vorlag. Die aus der Prüfung resultierenden jährlichen Einsparungen betragen ca. 38.000 DM. Der damit verbundene Auf-

wand wird mit etwa 50 Arbeitsstunden (das entspricht einem Personalaufwand von 1.874 DM) sowie Aufwendungen für Fahrtkosten von etwa 247 DM angegeben.

Um einen Eindruck über das Einsparungsvolumen bei Mißbrauchsverdachtsfällen zu erhalten, wurden im Rahmen des Projekts stichprobenartig von zehn Sozialämtern ausgewählte Mißbrauchsfälle statistisch ausgewertet. Die Überprüfung dieser insgesamt 280 Fälle ergab Einsparungen von jährlich 1,942 Millionen DM.

Fazit: Ein bei den Kommunen eigens für Mißbrauchskontrolle eingestellter Mitarbeiter würde sich nicht nur selbst finanzieren, sondern darüber hinaus Einsparungen ermöglichen.

Die Prüfung zeigte auch, daß es z. B. bei der Gewährung einmaliger Beihilfe von Kreis zu Kreis oder Stadt zu Stadt große Unterschiede gibt. So schließt beispielsweise der Hochtaunuskreis bei der Anschaffung einer Waschmaschine 250 DM zu, während der benachbarte Rheingau-Taunuskreis 800 DM bis 850 DM dafür ausgibt. Ein Elektroherd wird in Oberursel mit 150 DM bis 250 DM, in Idstein mit 500 DM bezuschußt.

Eine Vereinheitlichung – auf möglichst niedrigem Niveau – ist wünschenswert und im Interesse weiterer Ausgabeneinsparungen notwendig.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

EVP: Gentechnisch veränderte Sojabohnen kennzeichnen

Kritische Fragen an die EU-Kommission hat der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Karl-Heinz Florenz, im Zusammenhang mit der Ankunft von gentechnisch veränderten Sojabohnen aus den USA in der Europäischen Union gestellt.

Florenz weist die Kommission darauf hin, daß diese Sojabohnen als „gentechnisch veränderte Organismen“ nach Richtlinie 90/220 über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt nur in Verkehr gebracht werden können, wenn hierfür eine Genehmigung erteilt wurde. Eine solche Genehmigung kann nach dieser Richtlinie nur dann erteilt werden, wenn gentechnisch veränderte Sojabohnen ohne Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sind.

Florenz will nun von der Kommission wissen, welche Einrichtungen diese notwendige Sicherheitsbewertung der gentechnisch veränderten Sojabohnen in den Mitgliedsländern und im Rahmen der Gemeinschaft vornehmen und welches die Ergebnisse dieser Überprüfung sind.

„Solange es keine gemeinschaftliche Zulassung für diese Sojabohne gibt, ist deren Vermarktung nicht zulässig“, erklärte Karl-Heinz Florenz. In einer mündlichen Anfrage an die Kommission während der nächsten Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg fordert Florenz die Kommission dazu auf, Farbe zu bekennen sowohl hinsichtlich der bisherigen Maßnahmen zur Untersuchung der Zulassungsmöglichkeit dieser Sojabohnen als auch hinsichtlich der Rechtmäßigkeit ihres Inverkehrbringens, solange es keine gemeinschaftliche Zulassung gibt.

„Das erstmalige Auftauchen eines Lebensmittels in der Europäischen Union, dem ein gentechnisch veränderter Organismus zugrunde liegt, macht auch die Dringlichkeit einer umfassenden und eindeutigen Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln (Novel Food) erneut deutlich“, sagte Florenz. Das Parlament habe hierzu dem Rat einen vernünftigen und praktikablen Vorschlag unterbreitet, der allerdings wegen Widerständen im Rat immer noch im Vermittlungsausschuß zwischen Europäischen Parlament und Rat festhängt.

Theo Waigel: EURO wird hart wie die D-Mark

Bundesfinanzminister Theo Waigel hat bekräftigt, daß er an einer strengen Auslegung der Beitrittskriterien zur Europäischen Währungsunion im Vertrag von Maastricht festhalte.

Insbesondere die Beschränkung der Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts dürfe nicht überschritten werden. „Drei heißt drei“, sagte Waigel dem Nachrichten-

magazin „Der Spiegel“. Wenn etwa Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland 1997 eine Neuverschuldung von 3,5 Prozent aufwiesen, finde eine Währungsunion 1999 nicht statt.

„Das ist eine vertragskonforme Auslegung und kein europafeindlicher Akt, im Gegenteil“, sagte Waigel. Er werde dafür sorgen, daß der EURO so hart wie die D-Mark werde.

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Deutschland bei LEONARDO in der ersten Reihe

Das Auswahlverfahren zum EU-Berufsbildungsprogramm LEONARDO für das Jahr 1996 ist abgeschlossen. Dazu erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:

Das europäische Programm LEONARDO DA VINCI stellt die Weichen für die Zusammenarbeit in der Berufsbildung bis zum Jahr 2000. Das deutsche Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Ausschreibung 1996 ist überzeugend:

Deutschland hat den Anteil für deutsche Projekte innerhalb von LEONARDO gegenüber 1995 im Jahr 1996 um 9 Mio. DM auf 44,5 Mio. DM deutlich steigern können. Im Rahmen von LEONARDO stehen für fachbezogene Auslandsaufenthalte von Auszubildenden, Berufsschülern, jungen Arbeitnehmern und Ausbildern für Deutschland über 10 Mio. DM bereit. Dadurch werden etwa 5.500 (+ 700 gegenüber dem Vorjahr) betriebliche oder außerbetriebliche Berufsbildungsmaßnahmen mit einer Dauer von 3 Wochen bis zu einem Jahr in einem der 17 Partnerländer des EU-Programms möglich. Zusätzlich sind rund 7 Mio. DM aus dem LEONARDO-Budget für Auslandspraktika von über 1.600 (+ 400 gegenüber dem Vorjahr) Studenten aus Deutschland vorgesehen.

Aus dem Bereich der Pilotprojekte/Studien gingen aus Deutschland 280 Projektvorschläge ein, von denen 140 Projekte als förderungswürdig eingestuft wurden. Hiervon konnten 84 Projekte bewilligt werden. Für diese 84 Projekte unter deutscher Leitung gibt es aus dem LEONARDO-Budget 1996 rd. 25 Mio. DM Förder-

mittel. Die längerfristige europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung steht insbesondere in den Pilotprojekten im Mittelpunkt, an denen sich Träger aus mindestens 3 Staaten beteiligen. Die Pilotprojekte mit bis zu 3jähriger Dauer finden in den Bereichen berufliche Ausbildung, berufliche Weiterbildung und Zusammenarbeit Hochschule/Wirtschaft statt. Zu den ausgewählten 84 deutschen Pilotprojekten/Studien unter deutscher Leitung kommt eine voraussichtlich doppelt so große Zahl deutscher Beteiligungen an Projekten unter der Leitung anderer Staaten hinzu.

Seit Beginn des LEONARDO-Programms im Jahr 1995 konnten insgesamt über 160 mehrjährige grenzüberschreitende Pilotprojekte/Studien unter deutscher Leitung auf den Weg gebracht werden. Zusammen mit den Projekten unter Leitung anderer Staaten arbeiten in Europa weit über 400 Projekte mit aktiver deutscher Beteiligung an innovativen Bildungsinhalten und -konzepten in der beruflichen Bildung. Im Austauschbereich konnten in den ersten beiden LEONARDO-Jahren bereits weit über 12.000 deutsche Auszubildende, junge Arbeitnehmer, Ausbilder und Studenten gefördert werden.

Das unter deutscher EU-Präsidentschaft verabschiedete EU-Berufsbildungsprogramm LEONARDO umfaßt ein Gesamtbudget von knapp 670 Mio. ECU (über 1,2 Mrd. DM). In diesem Jahr stehen rd. 154 Mio. ECU (ca. 290 Mio. DM) zur Verfügung. Bereits für Anfang 1997 ist die nächste Ausschreibung zum LEONARDO-Programm geplant. ■

Landwirtschaftsanpassungsgesetz

Durchsetzung bestehender Abfindungsansprüche erleichtert

Der Deutsche Bundestag hat am 8. November 1996 die 4. Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes verabschiedet. Der Berichterstatter für die Novelle im Landwirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, Ulrich Junghanns, erklärte zu folgenden vierzehn Punkten:

● Warum eine erneute Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes?

Anlaß zur Novellierung gab in erster Linie der sogenannte „Verkehrswertebeschluß“ des Bundesgerichtshofs (BGH) aus dem Dezember 1995: Der BGH hat entschieden, daß die Grundlage der Abfindungsansprüche aller ehemaligen LPG-Mitglieder, gleichgültig, ob sie vor oder im Zuge der Umwandlung der LPG aus dem Unternehmen ausgeschieden sind, im tatsächlichen Wert aller Vermögensgegenstände der LPG und nicht in reinen Buchwerten besteht. In der Praxis der Vermögensauseinandersetzung ist von dieser Maßgabe nicht selten abgewichen worden. Diese und andere zum Teil gravierende Verstöße gegen die Vorschriften des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes – insbesondere auch im Rahmen von Liquidationsverfahren – sind Anfang 1996 verstärkt zu Tage getreten.

● Worum geht es konkret bei der Novelle?

- ▶ Die Verjährungsfrist für Abfindungsansprüche wird um fünf Jahre verlängert.
- ▶ Die Abberufung von LPG-Liquidatoren wird erleichtert. Zukünftig können schon 5 Prozent oder fünf Mitglieder einer LPG in Liquidation die gerichtliche Abberufung des Liquidators aus wichtigem Grund

beantragen, bisher sind dazu mindestens zehn Prozent der Mitglieder erforderlich.

▶ Die Durchsetzung bestehender Abfindungsansprüche wird verfahrensgemäß durch die Möglichkeit einer Bündelung von Einzelrechtsstreiten, das heißt durch ein sogenanntes Sammelverfahren vereinfacht.

● Warum keine einfache Verlängerung der Verjährungsfrist und Erleichterung der Abberufung von Liquidatoren?

Das Sammelverfahren stellt eine sinnvolle und wichtige Ergänzung zur Verlängerung der Verjährungsfrist dar.

Die Fristverlängerung bewirkt, daß offene Streitigkeiten nicht unter Zeitdruck geklärt

Mit der vom Bundestag verabschiedeten 4. Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes wird sich am 29. November 1996 der Bundesrat befassen.

und möglicherweise voreilig bei Gericht anhängig gemacht werden müssen. Die gerichtliche Durchsetzung von Abfindungsansprüchen bleibt auch nach 1996 möglich.

Das Sammelverfahren schafft während des Laufs der Verjährungsfrist zugunsten aller Beteiligten starke Anreize, streitige Bewertungsfragen nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern aus den Einzelrechtsstreiten auszuklammern und vorab entscheiden zu lassen. Dies gelingt durch

- ▶ eine doppelte Befristung des Verfahrens, Anträge zur Einleitung des Verfahrens können nur bis Ende 1998 gestellt werden,

der Beitritt zum laufenden Verfahren ist nur bis zum Schluß der letzten mündlichen Verhandlung möglich sowie durch

- ▶ die an das Verfahren gekoppelte Möglichkeit zum Widerruf von Abfindungsvereinbarungen.

Das Sammelverfahren kann also rasch klare Verhältnisse schaffen und so die notwendige Planungssicherheit für die Unternehmen ebenso wie eine erleichterte Durchsetzung der bestehenden Abfindungsansprüche zugunsten der Berechtigten gewährleisten. Zugleich besteht auch die Chance, daß eine Vielzahl von Einzelrechtsstreiten vermieden werden, wenn über die für alle Abfindungen maßgebliche Höhe des Eigenkapitals bereits in einem Sammelverfahren entschieden worden ist. Das Verfahren dient also auch der raschen Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden. Da sich diese Rechtswirkung nur auf die am Verfahren beteiligten Mitglieder erstreckt, ist es wichtig, daß sich möglichst viele Berechtigte, deren Ansprüche noch klärungsbedürftig sind, an dem Verfahren beteiligen.

- **Verbessert das Sammelverfahren die Rechtsstellung der ausgeschiedenen Mitglieder?**

Das Sammelverfahren eröffnet den Betroffenen die Möglichkeit, Streitige Fragen der Bewertung des LPG-Vermögens im Vorfeld der Durchsetzung einzelner Abfindungsansprüche gerichtlich klären zu lassen und sich zum Zweck der gemeinsamen Verfahrensdurchführung zu „Prozeßgemeinschaften“ zusammenzuschließen. So läßt sich das insbesondere aus der Bestellung von Sachverständigen resultierende Kostenrisiko auf möglichst viele Schultern verteilen. Die Abfindungsberechtigten

erhalten also Gelegenheit, die größte Hürde, die bisher einer Eigenkapitalüberprüfung durch die Gerichte entgegenstand, nämlich die drohende Kostenlast, in Eigenregie zu minimieren.

Darüber hinaus wird auch die Durchsetzung einzelner Abfindungsansprüche auf der Grundlage des festgelegten Eigenkapitals erheblich erleichtert. Klare Voraussetzungen für einen Widerruf unbilliger Abfindungsvereinbarungen werden geschaffen. Aber auch neue Abfindungsvereinbarungen können auf der neuen Basis zustande kommen, ohne daß weiter prozessiert werden muß.

- **Das Sammelverfahren verursacht keine zusätzlichen Prozesse und überflüssigen Kosten.**

Zwar entstehen mit dem Sammelverfahren neue Prozesse. In diesen Verfahren werden aber Fragen geklärt, die ohne das Sammelverfahren nur in zahlreichen Einzelrechtsstreitigkeiten hätten geklärt werden können. Insofern dient das Sammelverfahren letztendlich auch der Prozeßökonomie und der Minimierung anfallender Verfahrenskosten.

- **Eignet sich das Sammelverfahren für alle Streitigkeiten bei der Vermögensauseinandersetzung?**

Gegenstand des Sammelverfahrens ist nur die Höhe des Eigenkapitals. Wenn darüber kein Streit besteht, fehlt für ein Sammelverfahren das Rechtsschutzinteresse.

- **Wer hat die Kosten eines Sammelverfahrens zu tragen?**

Die Verfahrenskosten werden nach dem Maßstab der Billigkeit verteilt. Ausschlaggebend ist, wer das Verfahren veranlaßt hat. Dabei spielt – abgesehen vom Ausgang des Verfahrens – auch das vorprozessuale Verhalten der Beteiligten eine entscheidende Rolle. Hat das LPG-Nachfolgeunternehmen seine Einsichts- und Rechenschaftspflichten nicht ordnungsgemäß erfüllt, wird es in aller Regel mit der Auflegung der Kosten rechnen müssen. Um-

gekehrt werden die Antragsteller mit den Kosten belastet, wenn sie den Antrag erfolglos „ins Blaue“ hinein gestellt haben.

● **Zur Befürchtung, daß das Sammelverfahren zum Schaden der betroffenen Unternehmen mißbraucht wird:**

„Querulatorische“ Prozesse lassen sich mit zwei Instrumenten ausschalten: dem fehlenden Rechtsschutzinteresse und der drohenden Kostenlast. Beide Hürden stehen auch der mißbräuchlichen Einleitung von Sammelverfahren entgegen.

► Das Rechtsschutzinteresse ist ungeschriebene Voraussetzung eines jeden gerichtlichen Verfahrens. Es setzt voraus, daß die Klage oder der Antrag hinreichend substantiiert sind. Das heißt: Der Antrag zur Einleitung des Sammelverfahrens muß objektiv nachvollziehbare Ansatzpunkte für eine unzutreffende Bewertung der Vermögensgegenstände der LPG darlegen. Ist dies nicht der Fall, wird das Gericht den Antrag als unzulässig verwerfen. Die Kosten hätten die Antragsteller zu tragen.

► Die Verteilung der Verfahrenskosten nach Billigkeit ermöglicht es zu berücksichtigen, wer Veranlassung zur Einleitung des Verfahrens gegeben hat. Dies sind bei „querulatorischen“ Anträgen und solchen, die „ins Blaue hinein“ gestellt werden, immer die Antragsteller, nicht die Antragsgegner.

► Zusätzlich senkt auch die zur Antragstellung erforderliche Mindestzahl von drei Anspruchsberechtigten die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Anträge auf Einleitung des Sammelverfahrens nur zu dem Zweck gestellt werden, dem Unternehmen zu schaden.

● **Das Sammelverfahren kann nicht ohne oder gegen den Willen der Anspruchsberechtigten eingeleitet oder fortgeführt werden.**

Nur die Anspruchsberechtigten können einen Antrag auf Einleitung des Sammelver-

fahrens stellen. Berufsständische Verbände sind nicht antragsbefugt. Das Verfahren kann sich auch nach Einleitung nicht selbstständig. Der gemeinsame Vertreter hat insofern nicht die Befugnis, das Verfahren nach Antragsrücknahme durch die Berechtigten weiterzuführen. Die Herrschaft über das Verfahren behalten in jedem Fall und in jedem Stadium des Verfahrens die Anspruchsberechtigten.

● **Welche Funktion erfüllt der gemeinsame Vertreter, wer trägt seine Kosten?**

Der gemeinsame Vertreter hat die Interessen der noch nicht dem Sammelverfahren beigetretenen Anspruchsberechtigten zu wahren. Er kann aber keine eigenen Anträge stellen und das Verfahren nach Antragsrücknahme nicht weiterführen. Seine Aufgabe besteht vielmehr darin, die Vertretenen über den Gang des Verfahrens zu unterrichten und sie gegebenenfalls rechtlich zu beraten – zum Beispiel zu der Frage, ob ein Beitritt zum Sammelverfahren zweckmäßig erscheint.

Die Kosten des gemeinsamen Vertreters werden den Verfahrensbeteiligten – wie die Kosten des Verfahrens auch – nach dem Maßstab der Billigkeit auferlegt.

● **Die Vermögensauseinandersetzung wird durch den Gesetzentwurf nicht neu aufgerollt.**

Es kommt zu keiner Neubewertung des LPG-Vermögens, die die LPG-Nachfolgeunternehmen gefährdet oder ihre Kreditwürdigkeit in Frage stellen könnte. Es werden weder neue Abfindungsansprüche geschaffen noch der Inhalt bestehender Ansprüche geändert. Auch die Bewertungsmaßstäbe ändern sich nicht. Die Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes enthält ausschließlich Regelungen, die die Durchsetzung des schon heute geltenden Rechts und die Aufdeckung falscher Vermögensbewertungen erleichtern sollen. Unternehmen, die die Vermö-

genseinsetzung korrekt durchgeführt haben, werden folglich auch nicht belastet. Ihre Kreditwürdigkeit bleibt unangefastet. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf das geplante Sammelverfahren.

● Was bedeutet die Möglichkeit zum Widerruf von Abfindungsvereinbarungen?

Das Recht zum Widerruf von Abfindungsvereinbarungen konkretisiert nur das ohnehin schon geltende Recht und erleichtert damit dessen Handhabung. Es lehnt sich eng an die in der Rechtsprechung formulierten Grundsätze über die Aufhebung treuwidriger und unbilliger Vereinbarungen an. In Vereinbarungen, die Bestandschutz genießen, greift das Widerrufsrecht nicht ein.

Das Widerrufsrecht ist wie folgt ausgestaltet:

- ▶ Gerichtliche Vergleiche können nicht widerrufen werden.
- ▶ Der Widerruf außergerichtlicher Vereinbarungen ist nur im Verhältnis der Beteiligten des Sammelverfahrens zueinander möglich.
- ▶ Die vereinbarte Abfindung muß von dem gesetzlichen Abfindungsanspruch um mehr als ein Viertel abweichen.
- ▶ Vereinbarungen, die den Grundsätzen

von Treu und Glauben entsprechen, genießen Bestandschutz und bleiben unangefastet. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Vereinbarungen, die freiwillig in voller Kenntnis der Sach- und Rechtslage zum Zweck der Verteilung von Bewertungsunsicherheiten geschlossen wurden.

Damit ist insgesamt sichergestellt, daß ein grundloses erneutes Aufrollen von Vermögensauseinandersetzungen, die im gegenseitigen Einvernehmen ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, vermieden werden.

● LPG-Nachfolgeunternehmen werden durch ein Sammelverfahren vom Erwerb der Treuhandflächen nicht ausgeschlossen.

Während der Dauer des Verfahrens kann zwar der Erwerb nicht vollzogen werden. Doch bleibt der Erwerbsvorrang der LPG-Nachfolgeunternehmen als Pächter der Flächen vor anderen Kaufinteressenten erhalten. Das heißt, der Flächenerwerb kann nach Abschluß des Verfahrens durchgeführt werden.

● Rückforderungen von gewährten Fördermitteln sind nicht zu befürchten.

Eine Rückforderung kommt nur ausnahmsweise in Betracht. Bewilligungsbescheide können nicht aufgehoben werden, soweit schutzwürdiges Vertrauen entgegensteht.

Rückforderung von Beitragszuschüssen der landwirtschaftlichen Alterskasse soll entfallen

Aus den Anlaufschwierigkeiten der Agrarsozialreform sollen den Landwirten keine Nachteile entstehen. Dies hat der Deutsche Bundestag mit einer entsprechenden Gesetzesnovelle am 15. November beschlossen. Die etwa 33.000 Landwirte, die ihren Einkommensteuerbescheid verspätet vorgelegt

haben, sollen die ihnen zustehenden Beitragszuschüsse trotzdem erhalten. Insgesamt handelt es sich dabei um 32 Millionen DM. Das Geld kommt ausschließlich einkommensschwachen Landwirten zugute. Jetzt kommt es auf den Bundesrat an, der der Gesetzesnovelle noch zustimmen muß.

Die Bekämpfung des Hungers ist die größte Herausforderung

Anlässlich des Welternährungsgipfels der FAO vom 13. bis 17. November in Rom erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Alle derzeit verfügbaren Daten weisen aus, daß kurz- und mittelfristig die Welternährung nicht gesichert ist; deshalb ist es erste Pflicht aller Verantwortlichen, den Kampf gegen den Hunger zu verstärken. Der Welternährungsgipfel wird nicht am Inhalt seines Papieres gemessen werden, sondern an den von ihm in Gang gesetzten konkreten, wirksamen Maßnahmen.

Man muß sich dabei allerdings bewußt sein, daß es dafür keine allgemeingültigen Rezepte gibt. Überall da, wo Hunger und Unterernährung mit fehlender Ausbildung und/oder staatlicher Mißwirtschaft zusammenhängt, wird man ohne entschiedene Richtungsänderung der nationalen Politiken und ohne gleichzeitige Bekämpfung von Hunger und Armut wenig erreichen. Ebenso konterkarieren Kriege und politische Unruhen alle Anstrengungen zur Gewährleistung der Nahrungsmittelversorgung, wie uns das derzeitige Desaster in Zaire drastisch vor Augen führt.

Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung müssen in Zukunft zwangsläufig immer mehr Menschen von immer weniger Ackerfläche leben; eine Berechnung besagt, daß 1965 für 3,2 Mrd. Menschen 4.000 m²-Fläche pro Kopf vorhanden waren, im Jahr 2020 aber für 8,5 Mrd. Menschen nur 1.600 m²-Fläche pro Kopf zur Verfügung stehen werden. Die nutzbare Ackerfläche ist aber heute schon kaum mehr zu vergrößern. Dies alles führt zwin-

gend zu dem Schluß, daß das weltweit vorhandene Wissen über ertragreiche, am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierte Anbaumethoden genutzt und umgesetzt werden muß. Stichworte sind hier Pflanzenzüchtung, fachgerechter Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln, erosionsverhindernde Bodenbearbeitung sowie letztlich auch die Nutzung von Gentechnik.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit ihren Beitrag geleistet und wird das auch weiterhin tun. Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung, die Hilfe von grundsätzlichen Bedingungen wie einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft, Freiheiten für den Bürger und Rechtssicherheit für alle abhängig zu machen, hat sich weltweit durchgesetzt. An diesen Prinzipien müssen sich auch alle Hilfen zur Sicherung der Welternährung ausrichten, ansonsten hat Hilfe keine Dauerwirkung. Natürlich wird es immer ein Bestandteil unserer und der Agrarpolitik der EU sein, für aktuelle Notsituationen Nahrungsmittel bereitzustellen zu können.

Für eine umfassende Reform der EU-Agrarpolitik

Eine umfassende Reform der europäischen Agrar- und Strukturpolitik hat der baden-württembergische Ministerpräsident gefordert. Die Vorschläge von Erwin Teufel zielen auf eine Stärkung der europäischen Regionen in Landwirtschafts- und Strukturfragen. Die Regionen seien die geeignete Entscheidungsebene für den gerechten Einsatz der EU-Mittel vor Ort.

Kunst-Stadtrundfahrt, Sloganwettbewerb und Blumenfest

Die Spalte „Partei aktiv“ ist auf eine große Resonanz bei den Kreisverbänden gestoßen. So ist eine Fülle von Zuschriften zu den Sommeraktivitäten der Kreisverbände bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen. Ganz herzlichen Dank. Haben Sie aber bitte Verständnis dafür, daß wir nicht alle Beiträge veröffentlichen können, da viele Kreisverbände – was ja selbstverständlich ist – ähnliche Aktionen durchgeführt haben, wie Radwandern und Sommerfeste. Heute bringen wir letztmals Berichte über besondere Sommeraktivitäten:

Der **Kreisverband Ludwigshafen** führte u.a. eine Stadtrundfahrt der besonderen Art „Kunst in Ludwigshafen“ durch. Besichtigt wurden Kunst- und Kulturdenkmäler der Stadt, die wenig bekannt, aber doch herausragend und prägend für Ludwigshafen sind, wie z.B. die Mirowand, der Lutherbrunnen, eine Plastik von Ernst Barlach und die Klosterkirche Oggersheim. Trotz eines Kostenbetrages von 5 DM pro Person war diese Aktion ein voller Erfolg mit gut 60 Teilnehmern.

Weiter startete der Kreisverband eine Schiffstour „Wir erleben Ludwigshafen vom Rhein“. Die Schiffstour, die vor allem durch die Industriehäfen der Stadt führte, gab 210 Teilnehmern vor allem einen Eindruck von der Größe und der Lebendigkeit der Hafenvirtschaft. Die Fahrt wurde von dem zuständigen Hafendirektor mit viel Fachwissen moderiert.

Eine publikumswirksame Aktion hatte sich auch der **Kreisverband Erfurt** einfallen lassen. Von Mitte Juni bis Anfang August gab es die Gelegenheit, sich am öffentlichen CDU-Ideenwettbewerb um den

besten Slogan für Erfurt zu beteiligen. Gesucht war eine kurze kreative Beschreibung der Stadt. Der Jury lagen 467 Einsendungen vor und sorgten für ein spannendes Auswahlverfahren.

Der Sieger und die Bestplatzierten wurden auf einem großen Familienfest öffentlich prämiert. Die besten Slogans lauteten:

- Frischer Wind in alten Mauern
- Altes Erfurt – junge Stadt
- Erfurt – Stadt mit Flair.

Die Einsender haben auf ihr Urheberrecht am jeweiligen Spruch verzichtet, so daß die CDU das reichhaltige Ergebnis der Stadt Erfurt zur Verfügung stellen konnte. Die Presse hat die gesamte Aktion öffentlichkeitswirksam begleitet.

Partei aktiv

In **Berlin-Weißensee** beteiligte sich der Kreisverband am traditionellen Blumenfest. Dieses dreitägige Fest zog in diesem Sommer über 250.000 Besucher an. Der Kreisverband hatte einen großen Informationsstand aufgebaut, der von allen Ortsverbänden gemeinsam betreut wurde. Zudem führte der Kreisvorsitzende, Dr. Peter Luther, einen offiziellen Presserundgang durch. Den Höhepunkt des Blumenfestes, die Wahl und die Krönung der neuen Blumenkönigin, konnte ebenfalls Dr. Luther vornehmen. Bemerkenswert ist weiter, daß der Bezirk Berlin-Weißensee bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 1995 erstmals und als einziger Ostbezirk für die CDU direkt gewonnen werden konnte. ■

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte:

Das familienfreundliche Image einer Kommune wird zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden hat Bundesfamilienministerin Claudia Nolte am 13. November den ersten Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ gestartet.

Die Ministerin, der Präsident des Deutschen Städtetages, Professor Dr. Gerhard Seiler, und der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernrath, riefen alle Städte und Gemeinden auf, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen und dabei vorzustellen, was sie für Familien mit Kindern tun.

Claudia Nolte: „Ziel des neuen Bundeswettbewerbs ist es, kinder- und familienfreundliche Maßnahmen in Städten und Gemeinden zu fördern. Es sollen positive Beispiele zusammengetragen, bekanntgemacht und ausgezeichnet werden. Wir wollen so das Bewußtsein dafür stärken, daß Familien und Kinder Rücksicht, Verständnis und Förderung brauchen und daß dies auch der Entwicklung der Kommunen selbst nützt. Viele Städte und Gemeinden haben auf diesem Feld schon Beachtliches erreicht. Wo aber in puncto Kinder- und Familienfreundlichkeit noch Lücken bestehen, wollen wir dazu anregen, gute Beispiele nachzuahmen.“

Prämiert werden sollen Kommunen, die in ganzheitlicher, nachhaltiger und innovativer Weise eine günstige Lebensumwelt für Familien mit Kindern schaffen. Entscheidend ist, ob die Konzepte und Maßnahmen eine Stadt oder Gemeinde in ihrer

Gesamtheit familienfreundlich gestalten. Besonderer Wert wird dabei auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen kommunalen Stellen und freien Kräften gelegt. Denn Architektenkammern, Industrie- und Handelskammern, Handwerksinnungen, Mieter- und Vermietervereine oder Wohnungsbaugesellschaften nehmen mit ihrer Arbeit großen Einfluß auf die Lebenslagen von Familien.

Alle gewinnen dabei

Angeführt werden können in den Wettbewerbsbeiträgen zum Beispiel flexible Öffnungszeiten von Kindergärten, verlässliche Grundschulen und Ganztagschulen, die Planung von Wohnraum für kinderreiche Familien, eine phantasievolle und naturnahe Gestaltung von Spiel- und Bolzplätzen, ermäßigte Gebühren für Familien in öffentlichen Einrichtungen sowie Angebote zur direkten Beteiligung von Familien und Kindern an Entscheidungen, die sie besonders betreffen.

Claudia Nolte: „Der Bundeswettbewerb wird Gewinner haben, aber keine Verlierer kennen. Sämtliche Teilnehnergemeinden gewinnen in jedem Fall bereits durch die Präsentation ihrer kinder- und familienfreundlichen Maßnahmen im Internet und die Aufnahme ihres Beitrags in die Wettbewerbsdokumentation.“

Details zum Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“:



Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Bildstelle)

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte, der Präsident des Deutschen Städtetages, Prof. Dr. Gerhard Seiler (links) und der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernrath (rechts) beim Start des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ am 13. November in Bonn.

● Teilnehmen können alle Städte und Gemeinden, bei Großstädten mit eigener Bezirksverfassung auch einzelne Bezirke. Die Bewertung erfolgt getrennt für die folgenden drei Einwohnergrößenklassen (bis 10.000, bis 100.000 sowie über 100.000 Einwohner).

● Bewerbungen können ab sofort eingereicht werden. Einsendeschluß ist der 15. April 1997 (Datum des Poststempels).

● Das Bundesministerium stellt Preisgelder von 300.000 DM zur Verfügung, hinzu kommen Sachspenden von Sponsoren. Über die Zahl der Preisträger und die Aufteilung des Geldes entscheidet eine unabhängige Jury. Die Preisverleihung ist für September 1997 vorgesehen.

Städte und Gemeinden können die Teilnahmeunterlagen bei den Instituten anfordern, die das Bundesfamilienministerium

mit der Betreuung des Wettbewerbs beauftragt hat. Diese beraten interessierte Städte und Gemeinden gerne auch bei der Erstellung der Bewerbung.

Deutsches Institut für Urbanistik, Difu (Geschäftsstelle des Wettbewerbs), Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Telefon: 0 30/3 90 01-2 35, -291, -200, -209 (Presse);

Telefax: 0 30/3 90 01-2 69

E.-Mail: Kinder+Familien@difu.de;

Internet: <http://www.difu.de/>

Kinder+Familien

Agrarsoziale Gesellschaft e.V., ASG

Kurze Geismarstr. 33,

37073 Göttingen

Telefon: 05 51/4 97 09-0, -26

Telefax: 05 51/4 97 09-16

Deutschlandtag 1996 in Görlitz

Junge Union will „Deutschland zukunftsfähig“ machen

Besitzstände aufbrechen, Systeme umbauen und „heilige Kühe“ schlachten! Reformfreudig verabschiedeten über 300 Jung-Unionisten bei ihrem Deutschlandtag in Görlitz (Sachsen) einen revolutionären Leitantrag. Wer, wenn nicht die junge Generation, könne „Deutschland zukunftsfähig machen“ (Kongreß-Motto), rief JU-Chef Klaus Escher kurz vor seiner Wiederwahl zum Handeln auf. Jugend müsse gemeinsam antreten – beweglich, flexibel und mutig – denn: „Wir werden gebraucht!“

Escher resümierte seine zweijährige Amtszeit. Er positionierte sich deutlich zu Themen wie Wehrpflicht, Umweltschutz und Bildung und erläuterte die Verbandsstruktur sowie die positive Mitgliederentwicklung. Neu ist: Der Mitgliederzuwachs bei den 14- bis 17jährigen hat sich binnen eines Jahres verdoppelt.

Nach Eschers Rede die Wahl: Alter und neuer JU-Chef bleibt Klaus Escher. Der 31jährige Jurist aus Koblenz wurde mit 72,8 Prozent der Stimmen (206 von 283) deutlich in seiner Position bestätigt. Schon vorab zeichnete sich ein spannender Ausgang der Stellvertreter-Wahlen ab: Neben den drei Alt-Vize-Vorsitzenden Georg Fahrenschon (Bayern), Michael Hahn (Berlin) und Hans-Achim Michna (Niedersachsen) bewarben sich Hildegard Müller (NRW), Axel Kalteich (Thüringen) und Patrick Warnking (Saarland) für diesen Posten. Im ersten Wahlgang setzten sich Fahrenschon (95,88 Prozent) und Müller (79,04 Prozent) durch. Im 2. Wahlgang kamen Michna (54,27 Prozent) und Hahn (50,51 Prozent) hinzu.

Der Tagungsort Görlitz war nicht zufällig gewählt worden. Im Mai 1995 hatte der JU-Bundesvorstand Görlitz den Städten Hannover und Hamburg vorgezogen.

Nicht zu verachtende Prominenz beim Deutschlandtag in Sachsen: Die Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, Edmund Stoiber und der Chef der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Wolfgang Schäuble, ermutigten ihrerseits die JU-Delegierten zu weiteren Reformbestrebungen. Biedenkopf und ganz besonders Stoiber vermochten es, große Begeisterung in der Görlitzer Stadthalle auszulösen.

Schäuble betonte den dringenden Bedarf nach grundlegenden Reformen der Steuer-

Klaus Escher als Vorsitzender deutlich bestätigt

und Sozialsysteme. „Wir brauchen mehr Impulse für Wachstum und Beschäftigung“, so der Fraktionsvorsitzende, dafür sei ein Umbau des Steuersystems vorrangig. Wegfallen müßten weiterhin die Vermögen- und die Gewerbesteuer.

Das war nun ganz im Sinne der JU, schließlich finden sich in dem Leitantrag „Deutschland zukunftsfähig machen – Regierungserklärung der jungen Generation“ umfassende Reformvorschläge zur Reform der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik. Im Vorfeld der Antragsberatung diskutierten die Delegierten mit namhaften Referenten in fünf Foren über einzelne Knackpunkte des Leitantrages. Diese gute Vorbereitung für die Debatte wurde ver-

stärkt, indem Ministerpräsident Biedenkopf ebenfalls zu dem JU-Papier Stellung nahm – in freier Rede wohlgermerkt.

Biedenkopf, mit dem Klaus Escher im Sommer eine gemeinsame Pressekonferenz mit über 60 Journalisten gegeben hatte, munterte auf: „Akzeptieren Sie die politischen Unmöglichkeiten nicht.“ Die JU solle sich nicht von Widerständen entmutigen lassen.

Die JU vertritt die These, daß man neue Arbeitsplätze durch eine Senkung der Arbeitskosten erreichen müsse: durch Abbau der Nebenkosten sowie durch Abbau der sozialen Nebenkosten sowie durch eine Änderung der Wochenarbeitszeit, des Kündigungsschutzes und der festen Gehälter. Im Leitanspruch wird gefordert: „Wir wollen Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden“ sowie ertragsabhängige Gehälter.

Für breite Zustimmung sorgte ein vom Bundesvorstand und einigen Landesvorsitzenden eingebrachter Initiativ-Antrag zur Alterssicherung. Die Antragsteller formulierten darin ihre Mindestanforderungen für Veränderungen innerhalb des bestehenden Rentensystems. Wenn sich die Mindestanforderungen an eine systemimmanente Neuerung nicht umsetzen, sei man jedoch sehr schnell wieder bei der alten Forderung

Als Beisitzer wurden im ersten Wahlgang in den JU-Bundesvorstand gewählt: Karin Kleinschrodt (81,94 Prozent), Klaus Welle (76,92 Prozent), Robert Hauber (67,89 Prozent), Tanja Gönner (67,56 Prozent), Winfried Weck (64,88 Prozent), Achim Petersen (58,86 Prozent), Patrick Warnking (58,86 Prozent). Im zweiten Wahlgang waren erfolgreich: Stephanie Gamm (61,13 Prozent), Ariadne Ioakimidis (52,08 Prozent), André Groos (49,06 Prozent), Catrin Hannken (39,25 Prozent) und Harald Schmidt (33,21 Prozent).

nach einer Grundsicherung, sagte Hildgard Müller, die mit Klaus Escher in der CDU-Rentenkommission sitzt. Abschlußredner Ministerpräsident Stoiber unterstrich, daß kein Weg an einer Absenkung der Renten vorbeiführe. Die wachsenden Kosten für die Alterssicherung könnten auf Dauer nicht alleine den Beitragszahlern aufgebürdet werden. „Auf künftige Rentner kommt keine Altersarmut zu, wenn das Rentenniveau um einige Prozentpunkte gesenkt werde.“ ■

Kritische Selbstprüfung einer freien Presse

Zum 40. Jahrestag der Konstituierung des Deutschen Presserates am 20. November 1956 gratulierte Generalsekretär Peter Hintze den Verbänden des Trägervereins sowie allen Mitgliedern, die ehrenamtlich im Presserat mitwirken, und erklärte:

Der Deutsche Presserat steht für die Prinzipien journalistischer Ethik und die kritische Selbstprüfung einer freien Presse im journalistischen Alltag. Ohne eine freie Presse wäre Deutsch-

land nicht das, was es heute ist. Die Arbeit des Presserates in den zurückliegenden Jahrzehnten und seine Statistiken über die Eingabe von Beschwerden zeigen aber auch, daß mancher Journalist die Pressefreiheit nicht verantwortlich wahrnimmt. Der Presserat wird seine volle Wirksamkeit immer dann entfalten können, wenn alle Printmedien seine mahnenden Voten als die Tabulinen ihres eigenen Wirkens achten.

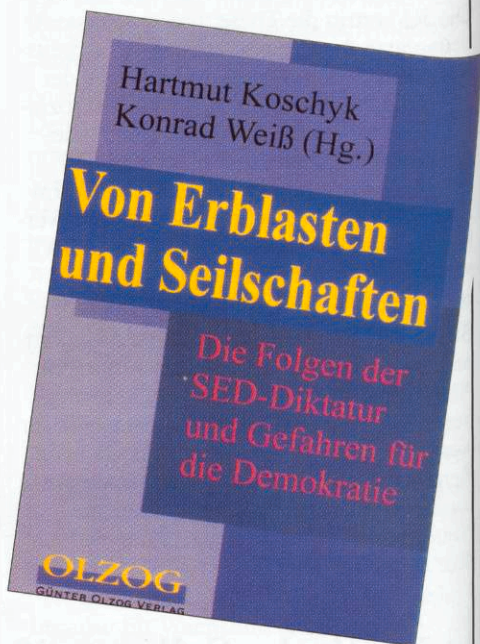
Von Erblasten und Seilschaften

Von *Erblasten und Seilschaften – Die Folgen der SED-Diktatur und Gefahren für die Demokratie* ist der Titel, unter dem der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk und der Publizist und Bürgerrechtler Konrad Weiß Beiträge einer öffentlichen Anhörung der Fraktionsarbeitsgruppe „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ zusammengefaßt haben.

Experten und Wissenschaftler decken auf, wie stark die alten Machtstrukturen des ehemaligen SED-Staates heute noch wirken und welche Gefahren der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus diesem Einfluß erwachsen. Dabei wird auch die Rolle der SED-Fortsetzungspartei PDS bei dem Versuch der Geschichtsklitterung und Vergangenheitsverklärung beleuchtet. Themen der Dokumentation sind die PDS als Fortsetzungspartei der SED, die Funktion und Bedeutung der Aufarbeitung von Vergangenheit, Kontinuität und Wandel der psychologischen Befindlichkeit und die fortwirkenden Strukturen des SED-Staates.

Beim Studium des Buches wird deutlich, daß wir uns nicht nur der Beseitigung der materiellen, sondern auch der immateriellen Folgelasten der SED-Diktatur stellen müssen. Dabei nimmt die Auseinandersetzung mit der SED-Fortsetzungspartei PDS eine herausragende Stellung ein. Dafür liefert der kleine Band solides Hintergrundwissen. Die PDS wird als das entlarvt, was sie ist: die Partei

der Spaltung, die personell den Kadern der SED-Diktatur entspringt. Mit Hilfe der nach wie vor bestehenden Seilschaften in Medien und Verwaltung versuche die PDS, die SED-



Diktatur zu beschönigen, die Spaltung Deutschlands zu perpetuieren und den Bürgern in den neuen Ländern vorzutäuschen, sie ständen auf der Verliererseite der Deutschen Einheit.

Das Buch „Von Erblasten und Seilschaften – Die Folgen der SED-Diktatur und Gefahren für die Demokratie“, herausgegeben von Hartmut Koschyk und Konrad Weiß, ist im Günter Olzog Verlag erschienen und zum Preis von DM 19,80 im Buchhandel erhältlich.

● **Winter-Schal**

Ob für Wintersport, Schneewanderung, oder Canvassing – mit dem Winterschal der CDU sind Sie bestens gerüstet für die kalte Jahreszeit. Deshalb sollte der CDU-Winterschal jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich.

Bestell.Nr. **9362**

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold



Alle Preise zuzüglich MwSt. und Versand

● **CDU-Eiskratzer - Ein aktiver Beitrag zum Abbau der Müllberge**

Klare Sicht nach vorn: Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer - zusammen mit dem neuesten Info-Material. Über das nützliche und sehr



begehrte Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck. Doch auch der Umweltschutz wurde bei diesem Artikel nicht außer Acht gelassen. Deshalb wurde der CDU-Eiskratzer aus eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polysterol hergestellt, welches z.B. für die Produktion von Joghurtbechern verwendet wird.

Bestell-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: DM 69,--

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



● **Natürlicher
Motten-
schutz aus
Zedernholz**

Diese Bäumchen aus Zedernholz erzeugen einen natürlichen und angenehmen Geruch in Ihrem Kleiderschrank und bieten zudem ökologisch unbedenklichen Schutz gegen Motten. Tests haben gezeigt, daß sogar Silberfischchen und Flöhe durch den Duft des ätherischen Zedernöls vertrieben werden können.

Bestell-Nr.: **9186**

Verpackungseinheit:

1 Beutel à 10 Bäumchen

Preis je Beutel: 15,00 DM

UiD

36/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WA~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.